

Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte

21. November 2007 **Nr. 3** (245) 1. (18.) Jahrgang



Es ist vollbracht !!!

Die drei Kreisverbände der LINKEN in Mittelsachsen haben sich zu einem Regionalverband zusammen geschlossen. Auf einem Regionalparteitag am 27. Oktober wurde der Regionalvorstand der LINKEN aus Döbeln, Freiberg und Mittweida gewählt. Auf unserem Titelbild der Vorsitzende des Regionalverbandes, Achim Grunke aus Freiberg (ganz rechts), seine drei StellvertreterInnen Petra Steidten aus Auerswalde, Rolf Zelsmann aus Ebersbach und Mathias Schreiter aus Brand-Erbisdorf (von links), sowie das Freiburger „Urgestein“ Ruth Fritzsche.

Die Titelthemen dieser Ausgabe

Vom Regionalparteitag der LINKEN am 27. Oktober in Hartha

Vom Wirken der LINKEN in der Kommunalpolitik heute: Mittweida

OWUS - der Wirtschaftsverband für linke Unternehmen stellt sich vor

- 2 editorial, glossiertes & kommentiertes
- 3 kommentiertes & lesernermeinung
- 4 / 6 vom regionalparteitag der mittelsächsischen linken in hartha
- 7 / 8 kommunale stippvisite in den landkreis mittweida
- 9 owis - offener wirtschaftsverband von klein- und mittelständigen unternehmen
- 10/11 mosaik & jubiläen
- 12 termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte“ erscheint in der 50. Kalenderwoche 2007
Redaktionsschluss ist Freitag, 07. Dezember 2007

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

Deutsche Bank Freiberg
BLZ: 870 700 24
Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht.

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE; Regionalvorstand
Döbeln-Freiberg-Mittweida
Postanschrift: 09599 Freiberg, Bebelplatz 3
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Fax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Michael Matthes, Lothar Pöttsch, Hans Weiske (verantw.)

Satz, Fotos und Layout: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und-vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co.KG,
Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz

Die „LinksWorte“ werden ab Erscheinungswoche im Internet unter www.links Worte.de veröffentlicht. Dort sind auch frühere Exemplare der Zeitung aus dem Archiv abrufbar.

Webmaster: Richard Thum

editorial

Man kann an dieser Stelle direkt an die Titelseite der vor unseren Lesern liegenden Ausgabe der LinksWorte anschließen: Jawohl, ein erster wichtiger Schritt auf dem Wege zu einem starken Regional- bzw. Kreisverband ist getan. Wir haben einen Regionalvorstand, der gemeinsam mit den Ortsverbänden und Basisgruppen in Mittelsachsen linke Politik machen kann. Der neue Regionalvorstand hat inzwischen seine erste Beratung durchgeführt und wichtige Weichen gestellt. Unsere Leser können sich ab Seite 4 in Wort und Bild ausführlich über den Regionalparteitag und die erste Beratung des Regionalvorstandes informieren. Jetzt gilt es, die berühmten Nägel mit Köpfen zu machen. Obwohl die endgültige Entscheidung zur Verwaltungs- und Kreisgebietsreform in Dresden auf den Januar verschoben worden ist und die Linksfraktion energischen Widerstand angekündigt hat, dürfte es beim geplanten Termin für die Wahlen in den neuen Kreistag, dem 08. Juni 2008 bleiben. Da an diesem Tag auch ein neuer Landrat und in vielen Kommunen Bürgermeister gewählt werden, ist der wichtigste Schwerpunkt der Arbeit der LINKEN in Mittelsachsen gesetzt - und es bleibt nur wenig mehr als ein halbes Jahr bis dahin! Zur Absteckung der inhaltlichen Schwerpunkte hat der Regionalvorstand eine Programm-Kommission berufen. Dazu ausführlich in unserer Dezember-Ausgabe. Im Übrigen freuen wir uns, dass die Zahl unserer Leser, die aktiv an der Gestaltung „ihrer Zeitung“ mitwirken will, von Monat zu Monat wächst. Heute stehen wir erstmals vor der Situation, dass bei weitem nicht alle an die Redaktion übermittelten Wortmeldungen veröffentlicht werden können. Da die Dezember-Ausgabe aber schon ab 13. des Monats bei ihren Lesern sein wird, können sie alle noch in diesem Jahr zu Wort kommen.

Schließlich noch ein Wort in eigener Sache. In unserer Oktober-Ausgabe veröffentlichten wir einen redaktionellen Artikel vom Bürgerforum mit Lothar Bisky im Volkshaus Döbeln. Dabei hatten wir es versäumt, darauf zu verweisen, dass der Artikel auf einer Mitschrift von Genossin Dr. Elisabeth Steinhoff, Alterspräsidentin des Stadtparlaments Roßwein basierte. Diesen Hinweis holen wir an dieser Stelle gern nach und bedanken uns bei Elisabeth Steinhoff.

glossiert

Das Chaos nach der Mittagspause war mit Händen zu greifen. Die „Parteitagsregie“ hatte sich gründlich verrechnet. Die letzten drei Stunden des Regionalparteitags in der „Räuberschänke“ Hartha arteten beinahe in ein organisatorisches Desaster aus. Der Hauptgrund dafür war leicht auszumachen: Man war vorgewarnt, dass die Veran-

staltung gegen 16:00 Uhr beendet sein musste, da anschließend im gleichen Raum eine andere Veranstaltung anstand. Es zeigte sich bald, dass die Prozedur der Vorstandswahlen den vorgesehenen Zeitrahmen sprengen würde. Die Parteitagsdelegierten konnten aus Zeitgründen letztlich überhaupt nicht gewählt werden.

Die Folgen waren ein aus Zeitgründen vorgezogenes Schlusswort des neu gewählten Vorsitzenden, der die Delegierten noch vor Bekanntgabe der letzten Wahlergebnisse nach Hause schicken wollte und eine allgemeine Aufbruchstimmung schon vor der Verkündung der gewählten Vorstandsmitglieder. Apropos, Vorstandswahlen: Es wird das ewige Geheimnis dieses Regionalparteitags bleiben, warum anstelle der beschlossenen 21 Vorstandsmitglieder nur deren 15 gewählt wurden. Minus vier war noch nachvollziehbar, da die beiden Frauen bei der vormaligen WASG und eine weitere aus dem Kreisverband Döbeln nicht aus der Retorte gezaubert werden konnten und der vormaligen WASG durch die Verweigerungshaltung von Michael Matthes und Johannes Gyarmati und der Wahl von Mathias Schreiter als Stellvertreter neben Richard Thum ein weiterer Mann für den Vorstand fehlte. Warum aber aus Freiberg und Mittweida nur jeweils ein Mann in den Vorstand kam, bleibt mir schleierhaft.

Eigentlich kein „Futter“ für eine Glosse - das Auftreten von Marion Buschmann aus Döbeln. Sie stellte sich einer Kampfabstimmung um den Kreisvorsitz, verliert diese, um darauf hin zu erklären, dass sie für andere Aufgaben im neuen Kreisvorstand - einschließlich eines Stellvertreterpostens - nicht zur Verfügung stehe. Traurig, traurig! (hw)

persönlicher standpunkt

von unserem Redaktionsmitglied
Michael Matthes

Wisst ihr eigentlich, was ihr wollt?

Der „Vereinigungsparteitag“ war bis zum 27. Oktober 2007 Zukunft, danach Vergangenheit. Zeit für jemanden, der seit 16. Juni 2007 Mitglied DERLINKEN ist, unter das Geschehen einen dicken Bilanzstrich zu ziehen.

Am 23. November 2006, damals noch WASG-Mitglied, wurde ich Teilnehmer an einem Gremium, das sich „Koordinierungsgruppe“ nannte. Ich verband mit der Teilnahme die Vorstellung, das Gremium werde zur „task force“. Dafür gibt es keinen adäquaten deutschen Begriff - task bedeutet Aufgabe, force Kraft, Stärke und Macht. Ich verband mit diesem Begriff die Vorstellung, DIE LINKE hinter einem überzeugenden Politischen Programm im neuen Landkreis zusammenzuführen. Doch davon distanzieren sich von Anfang an alle Teilnehmer der damals noch Linkspartei. PDS aus den Kreisverbänden Döbeln und Mittweida. Einziges Ergebnis der elf

Monate der Existenz der „Koordinierungsgruppe“ war ein ausgewogenes Konzept zur Durchführung des „Vereinigungsparteitages“.

Am 27. Oktober 2007 wurde dieses einzige Ergebnis von elf Monaten zaghafter Zusammenarbeit annulliert und durch ein Sammelurteil von untereinander nicht stimmigen Einzelbeschlüssen ersetzt. Dazu hat ein Parteitag das Recht. Diejenigen, die diesen Verfahrensfirlefanz angezettelt haben, von dem kaum einer der Delegierten verstehen konnte, was das Ganze soll, müssen sich fragen lassen, ob nicht ein kleinkariertes Ränkespiel abließ. Eine Substanzverbesserung wurde jedenfalls nicht erreicht. DIE LINKE zeigte nur eins: Sie ist nicht offen und aufgeschlossen. Sie ist mit sich selbst beschäftigt und unterscheidet sich darin nicht von anderen Parteien, auf die die Bürger mit zunehmender Verachtung herabschauen. Selbstbefriedigung mit vergänglichen Umfragen sollte man anderen überlassen. Dass mit diesem Vorgang auch der Delegiertenstatus der vier vormaligen WASGLer im Kreisverband Freiberg, der ausschließlich auf der Vereinbarung der „Koordinierungsgruppe“ beruhte, annulliert wurde, dürfte den meisten Delegierten entgangen sein. Ich selbst wurde damit vom Parteitag ausgeschlossen, eine beabsichtigte Kandidatur für den Vorstandsvorsitz nicht möglich.

Ein öffentliches Dokument, das den politischen Willen DERLINKEN dem Wähler bekannt gibt, kann der Regionalverband DERLINKEN dagegen ein halbes Jahr vor der Wahl nicht vorweisen. Ein deutlicheres Zeichen für politische Unfähigkeit ist nicht denkbar. Deshalb fragt sich das Parteimitglied Dr. Michael Matthes, mit welchen Vorstellungen soll er sich seinen Wählern als möglicher Kandidat für den Kreistag präsentieren und soll er unter diesen Umständen überhaupt kandidieren. Wohl eher nicht.

Der Wähler M.M. wird stellvertretend für alle übrigen Wähler mit gesundem Menschenverstand forschen, ob DIE LINKEN Mittelsachsens ein ausgearbeitetes Bildungskonzept in der Schublade haben, das sie für den Fall, dass sie eine politikfähige Mehrheit erhalten, in die Tat umsetzen werden. Denn der Wähler M.M. hat Enkelkinder, die eins nach dem anderen eingeschult werden und unter dem herrschenden Schulsystem keine gute Bildungszukunft haben. Der Wähler M.M. wird ein solches Bildungskonzept bei DENLINKEN nicht finden. Warum sollte er DIE LINKE also wählen?

Der Wähler M.M. hat eine Ehefrau und zwei Töchter, die als Mediziner ihren Beruf unter den Gegebenheiten des Gesundheitssystems nur bedingt ausüben können. Sie werden dazu gezwungen, ihre Patienten, ohne dass diese das merken sollen, immer mit dem Blick auf das Budget zu beraten, für den Arztbesuch pro Quartal zehn EURO einzukassieren (die sie an die Kassen weiterleiten), und sie müssen für nicht mal außergewöhnliche Behandlungen Zuzahlungen verlangen. Außerdem hat der Wähler

M.M. eine achtzigjährige Tante, die nach Freiberg gezogen ist, und nach über einem Jahr immer noch keinen Hausarzt, der sie aufnimmt, gefunden hat. Der Wähler M.M. wird also darauf schauen, ob DIE LINKE für das Gesundheitswesen ein Änderungskonzept vorzuweisen hat. Wenn nicht, wird er sie nicht wählen wollen.

Der Wähler M.M. kennt Mitbürger, die sich kein Auto leisten können, und er kennt Mitbürger, die aus Altersgründen kein Auto mehr fahren können. Der Wähler M.M. wird ein Nahverkehrskonzept, mit dem jeder Bürger des neuen Landkreises mit vertretbarem Zeit- und Geldaufwand seinen Arbeitsplatz und die wesentlichen kommunalen und kulturellen Einrichtungen erreichen kann, bei DENLINKEN Mittelsachsens nicht finden. Ein dritter Anlass, DIE LINKEN nicht zu wählen.

Der Wähler M.M. kennt Genossen, die sich einen Besuch der Gaststätte, in der der Regionalparteitag stattfand, mit ihrer Familie nicht leisten können. Der Wähler M.M. und die meisten der Betroffenen werden sich fragen, ob DIE LINKEN über einen Plan verfügen, die Agentur für Arbeit (Der Name ist schon eine Verhöhnung der Notleidenden.) und die ARGen abzuschaffen und durch eine Institution zu ersetzen, die allen Arbeit- und Ausbildungsuchenden einen Arbeitsvertrag für eine menschenwürdige Arbeit bzw. einen Lehrvertrag anbietet. Diesen Plan gibt es nicht. Der Wähler M.M. findet immer noch keinen Grund, DIE LINKEN zu wählen.

Der Wähler M.M. ist ein politisch engagierter Bürger, der befähigt ist, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen und der das zusammen mit Bundesgenossen bewerkstelligen will. Und dann werden dem Genossen Dr. Michael Matthes die verquasteten Anträge des Regionalparteitages und die respektlose Behandlung in den Sinn kommen.

Unter diesen Umständen entscheidet man sich in der Regel für eine hinreichende Distanz zu einer Partei mit derartigen Gepflogenheiten. Wolltet ihr dies am 27. Oktober beschließen, liebe Genossinnen und Genossen?

Mit offenen Ohren...

von Lars Kleba, Stadtrat der LINKEN in Brand-Erbisdorf

DIE LINKE. Fraktion im Brand-Erbisdorfer Stadtrat beschäftigt sich regelmäßig mit dem Thema Kinder- und Jugendarbeit. Doch bleibt sie dabei – wie auch bei anderen Themen – nie allein und fragt die Fachleute und die Betroffenen. So auch am 23.10. als in die Räume des Brennpunkt geladen wurde und neben dem Oberbürgermeister Dr. Martin Antonow und unserem Jugendhilfeausschussmitglied Sylvia Kempe weitere 20 Bürgerinnen und

Bürger dieser folgten. Elternsprecher, weitere Stadträtinnen und Stadträte und VertreterInnen der Jugendeinrichtungen suchten Antworten auf die Frage, ob Brand-Erbisdorf einen hauptamtlichen Streetworker brauche.

Während es für die knapp 1100 Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren bereits eine gute Betreuungsstruktur von Kindertagesstätten bis zu Vereinen gibt, werden die 1418 Brander, die zwischen 15 und 25 Jahren alt sind, nur bedingt von den Angeboten erreicht. Einen Teil der Angebote wird durch die drei Jugendklubs an der Zugspitze getragen, die bereits mehrere Generationenwechsel erfolgreich bewältigt hätten und mit großem ehrenamtlichen Engagement geführt würden. Aber es gibt Jugendliche, die sich in den drei Klubs nicht wiederfinden und dann im öffentlichen Raum, zum Beispiel auf dem Markt oder Rewe-Parkplatz, von den Leuten als Problem wahrgenommen werden.

Die bisherige Betreuung durch einen Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der nur wenige Stunden pro Tag für die Jugendarbeit abgestellt ist, reicht nicht aus. Darin waren sich alle einig. „Wir brauchen eine Kontaktperson, die nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für andere Gruppen verantwortlich ist und die Vernetzung von den Vereinen vorantreibt“, meinte Bianca Beyer, die ehemalige Vorsitzende des „Rote Rüben“ e.V.

Der Vorschlag, einen Sozialarbeiter fest einzustellen, der sich über längere Zeit nicht nur um soziale Brennpunkte kümmert, stieß bei den anwesenden Jugendlichen und Vertretern von Vereinen und Einrichtungen auf Zustimmung.

Dafür haben wir verschiedene Modelle aus anderen Städten und Landkreisen diskutiert. Hier muss sich vor allem der Stadtrat dazu verständigen, welchen Betreuungsstand man sich für die Jugendlichen in Zukunft leisten möchte. Neben vielfältigen Freizeitangeboten, dass sich nicht von selbst ergibt sind auch die Themen wie Abwanderung, Ausbildungsmisere und andere soziale Probleme zu berücksichtigen.

Ob es für die Schaffung einer Sozialarbeiterstelle in Brand-Erbisdorf im Stadtrat eine Mehrheit gibt, werden wir in den nächsten Wochen prüfen und einen entsprechenden Antrag einbringen. Unterstützung dafür versprach uns Oberbürgermeister Dr. Antonow.

Die Veranstaltung im Brennpunkt hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig unsere offenen Fraktionssitzungen und vor allem die Einbeziehung der Betroffenen sind. Als LINKE Fraktion werden wir mit weiteren offenen Sitzungen und Veranstaltungen in den Räumen des Brennpunkt, die dafür bestens geeignet sind, unserem Schwerpunkt aus dem Kommunalwahlprogramm 2004 „MITBESTIMMUNG“ gerecht.

Weichenstellung: Vom Regionalparteitag der LINKEN in Hartha. Wie geht es weiter?

In der Ausgabe vom Oktober haben wir den Regionalparteitag der Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida (etwas bescheidener könnte man auch von einer Delegiertenkonferenz sprechen) umfassend und detailliert angekündigt. Inzwischen ist er Geschichte, der neue Regionalverband wurde am 27. Oktober gegründet und dessen neuer Vorstand hat sich inzwischen konstituiert.

Die „LinksWorte“ berichten im folgenden in Wort und Bild vom Regionalparteitag und dokumentieren dessen wichtigste Ergebnisse. Außerdem berichten wir von der ersten Beratung des neu gewählten Kreisvorstandes am 12. November.

Es war trübe an jenem Sonnabend Ende des Monats Oktober. Sehr pünktlich trafen die Delegierten und Gäste aus den Kreisverbänden Döbeln, Freiberg und Mittweida in der „Räuberschänke“ in Hartha - gelegen hart an der Kreisgrenze

es bald danach einen ersten „kleinen Paukenschlag“. Die Entscheidung über eine doppelte Mehrheit für eine übergangsweise Doppelspitze aus Linker. PDS und WASG wurde mit deutlicher Mehrheit der 99 anwesende Delegierten abgeschmettert, was allerdings zu diesem Zeitpunkt noch keinen Beschluss gegen eine Doppelspitze, sondern zunächst nur zum Wahlverfahren war. Als Cornelia Ernst und Michael Leutert allerdings später den Sinn einer Doppelspitze deutlich in Frage stellten, waren die Weichen gestellt - der in der Koordinierungsgruppe geborene und gehegte Gedanke einer Doppelspitze wurde mit klarer Mehrheit der Delegiertenstimmen zu den Akten gelegt.

Dann sprach Cornelia Ernst zu den Delegierten. Sie sprach sich klar dafür aus, den Kampf um die Regierungsverantwortung im Freistaat zu führen. „In Sachsen gibt es zwei Volksparteien, davon ist eine

die Redaktion) erhalten, in welcher er sie auf schlimmste Art und Weise unter der Gürtellinie angegriffen, übelst beschimpft und faktisch von diesem Regionalparteitag ausgeladen habe.

An die Adresse der Dresdener „Abweichter“ gerichtet, sprach sie davon, dass ein Mandat der LINKEN keine Privatangelegenheit sei. Nach der vollzogenen Spaltung müsse endlich ein Schlussstrich gezogen werden.

Für die Bildung der neuen Regional- und Kreisverbände empfahl Cornelia Ernst, sich auf starke Ortsverbände zu konzentrieren. Diese seien die Basis der neuen Strukturen der LINKEN.

Anschließend gab Achim Grunke, der bisherige Kreisvorsitzende von Freiberg, den Bericht zur Arbeit der Koordinierungsgruppe, die seit fast einem Jahr die Vorbereitung der Bildung eines gemeinsamen Regionalverbandes vorantrieb. Mit der Ablehnung der doppelten Mehrheit bei der Entscheidung über die Doppelspitze hatte die Koordinierungsgruppe zu diesem Zeitpunkt ihre erste Niederlage bereits hinter sich. Eine weitere kündigte sich an, als mit dem amtierenden Kreisvorsitzenden von Döbeln, Rolf Heinitz, ausgerechnet ein maßgebliches Mitglied der Koordinierungsgruppe einen Antrag mit einbrachte, auf eine Doppelspitze generell zu verzichten und eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden an die Spitze des Regionalverbandes zu wählen. Zusammen mit den Empfehlungen von Cornelia Ernst und Michael Leutert war das sicherlich für den überwiegenden Teil der Delegierten die ausschlaggebende Tatsache, gegen eine Doppelspitze zu stimmen. Letzteres wiederum war für Michael Matthes, der für die vormalige WASG den Ko-Vorsitz anstrebte, und für Johannes Gyarmati Anlass, ihre aktive Beteiligung am Parteitag praktisch zu beenden. Sie sahen sich von diesem Zeitpunkt an nicht mehr als ordentliche Delegierte, Michael Matthes zog seine Kandidatur für den Vorsitz zurück und sie beteiligten sich nicht mehr an den weiteren Abstimmungen.

Schritt für Schritt arbeitete sich der Parteitag durch das Procedere der Zusammensetzung des neuen Kreisvorstandes und sah bald ein echtes Konfliktpotenzial - drohte doch ein erhebliches Übergewicht des Kreisverbandes Freiberg im neuen Regionalvorstand. Entschieden wurde letztlich, neben dem Schatzmeister drei Stellvertreter zu wählen, die aus jenen zwei Kreisen, die nicht den Vorsitzenden stellen, sowie aus der vormaligen WASG kommen sollten. Den einzelnen Kreisen und der vormaligen WASG wurden jeweils vier Vorstandsposten zugestanden, davon quotiert für zwei Frauen. Ein fast schon satirisches Detail am Rande: auch die vormalige WASG erhielt zwei Frauenposten, obwohl sie nicht über ein einziges weib-



Die Landesvorsitzende der LINKEN, Cornelia Ernst, während ihrer Rede auf dem Regionalparteitag

zwischen Freiberg und Mittweida - ein. Prominente Gäste hatten den Weg nach Hartha gefunden - der Landesvorstand war mit der Vorsitzenden Cornelia Ernst und deren Stellvertreter Enrico Stange gleich doppelt präsent. Anwesend war auch der Bundestagsabgeordnete Michael Leutert, der sein Abgeordnetenbüro in Mittweida eingerichtet hat.

Die 99 anwesenden Delegierten (von 104 vergebenen Mandaten) hatten sich von vornherein auf einen Tag eingestellt, der ganz im Zeichen von Vorstandswahlen stand. Nachdem die Wahl der Tagungsleitung und die Bestätigung der Tagesordnung (zwanzig Tagesordnungspunkte!) relativ problemlos über die Bühne gegangen waren, setzte

im Vormarsch - die LINKE. Wir haben seit 2004 allerdings manche Chance gelassen, um heute insgesamt noch besser aufgestellt zu sein.“ Klar äußerte sich Cornelia Ernst auch zu offensichtlichen Schwächen in der politischen Arbeit der LINKEN im Freistaat. „Man muss uns riechen und an unserer Farbe noch besser erkennen können.“ Dabei brauche man in der Partei auch den konstruktiven Streit, nicht die unerträglichen innerparteilichen Querelen. Ein Beispiel hatte Cornelia Ernst auch bei der Hand, was in der „Räuberschänke“ für erhebliche Aufregung sorgte: sie habe als Antwort auf ein Interview mit der Chemnitzer „Freien Presse“ eine eMail von Johannes Gyarmati (dem Vorsitzenden des Ortsverbandes Freiberg,

Weichenstellung: Vom Regionalparteitag der LINKEN in Hartha.

Wie geht es weiter?

liches Mitglied verfügt. Damit waren die entscheidenden Weichen für den Fortgang des Parteitag gestellt. Der weitere Ablauf sollte durch die Vorstandswahlen bestimmt werden,

glieder und der Vertreter im Landesrat - bedingt durch die Quotierung von Frauen und Männern - wurde es dann eng und der Zeitplan geriet etwas außer Kontrolle. Aber letztlich wurden der Vorstand und

rike Bretschneider, Jens-Eberhard Jahn, Hannes Kretzer und Reinhard Kluge. Der Parteitag beschloss, den Entwurf der Leitlinien durch die Antragskommission entsprechend der vielen konstruktiven Hinweise weiter bearbeiten zu lassen und in den Ortsverbänden und Basisgruppen zur Diskussion zu stellen. Das Ergebnis sollten „Kommunale Leitlinien“ des Regionalverbandes in Vorbereitung auf die nächsten Kommunalwahlen sein, welche voraussichtlich am 08. Juni 2008 stattfinden werden.

Leider muss gesagt werden, dass durch den letztendlichen Zeitdruck und die ständigen Unterbrechungen durch Wahlgänge die Diskussion der Leitlinien erheblich in den Hintergrund gedrängt wurde.

Jetzt darf man dem neuen Kreisvorstand ein glückliches Händchen bei der weiteren Organisation der Aussprache zu den Inhalten der Arbeit der LINKEN im Raum Döbeln, Freiberg und Mittweida wünschen. (hw)



Auch das Regionalfernsehen der Flöhaer Region hatte den Weg zum Parteitag der LINKEN nach Hartha gefunden

die durch Wahlgänge und die Arbeit der Wahlkommission erzwungenen Pausen waren der Diskussion des Entwurfs der „Kommunalen Leitlinien des Regionalverbandes“ (veröffentlicht in der Oktoberausgabe der LinksWorte) vorbehalten. Die sicherlich spannendste Frage des Parteitages, die Wahl der neuen Vorsitzenden/des neuen Vorsitzenden verlief noch ohne ersichtliche Hektik. Zur Wahl hatten sich - nachdem Michael Matthes aus den weiter oben genannten Gründen das Handtuch geworfen hatte - Marion Buschmann aus dem Kreisverband Döbeln und Achim Grunke aus dem Kreisverband Freiberg gestellt. Die „Kampfabstimmung“ gewann Achim Grunke mit 52 Stimmen, auf Marion Buschmann entfielen deren 44. Unverständnis bei den meisten Delegierten rief nur hervor, dass Marion Buschmann daraufhin erklärte, in weiteren Wahlgängen weder für eine Stellvertreterfunktion, noch für eine Aufgabe im Vorstand zur Verfügung zu stehen.

Nach der Mittagspause brach sukzessive die Zeit der großen Hektik an. Die Zeitspanne des Regionalparteitages war begrenzt, da die Versammlung gegen 16:00 Uhr wegen einer anschließenden Veranstaltung beendet sein mußte. Relativ problemlos verlief die Wahl der drei Stellvertreter und des Schatzmeisters. Damit war auch der geschäftsführende Vorstand des Regionalverbandes bestimmt - das Problem dabei: drei dessen fünf Mitglieder kommen aus dem Landkreis Freiberg. Bei der Wahl der weiteren Vorstandsmit-

glieder des Regionalverbandes im Landesrat gewählt. Verschoben wurde die Wahl der Delegierten zum nächsten Bun-

Vorsitzender:

- Achim Grunke (Freiberg)



Von 10:00 Uhr bis weit nach 16:00 Uhr - ein anstrengender Wahl- und Arbeitstag für die 99 anwesenden Delegierten des Regionalparteitages

desparteitag.

In den durch die Wahlhandlungen erzwungenen Pausen wurden die „Leitlinien“ diskutiert. Das Ergebnis der Diskussion: In dieser Form waren sie noch nicht beschlussfähig. Darauf verwiesen u.a. die Genossinnen und Genossen UI-

Stellvertretende Vorsitzende:

- Petra Steidten (Mittweida)
- Rolf Zeismann (Döbeln)
- Mathias Schreiter (Freiberg, vormals WASG)

Weichenstellung: Nach dem Regionalparteitag der LINKEN in Hartha. Wie geht es weiter?

Schatzmeister:

- Hans Weiske (Freiberg)

Weitere Vorstandmitglieder:

- Gertraude Petersen (Döbeln)
- Ruth Fritzsche (Freiberg)
- Elke Altmann (Freiberg)
- Renate Weinbrecht (Mittweida)
- Katrin Schuhknecht (Mittweida)

- Rolf Heinitz (Döbeln)
- Dieter Kunath (Döbeln)
- Thomas Mittelstädt (Freiberg)
- Richard Thum (Freiberg, vormals WASG)
- Günter Fischer (Mittweida)

Finanzrevisionskommission:

- Sieglinde Moschke (Döbeln)
- Gunter Weber (Freiberg)
- Annemarie Zschalig (Mittweida)

Vertreter im Landesrat:

- Angelika Schubert (Freiberg)
- Peter Emmrich (Döbeln)



Gute Stimmung bei den Delegierten aus dem Ortsverband Flöha - sie hatten den kürzesten „Anmarschweg“ zur „Räuberschänke“.

Von der ersten Beratung des neuen Regionalvorstandes

Am 12. November traf sich der neue Regionalvorstand in Frankenberg (Landkreis Mittweida) zu seiner ersten Beratung.

Man spürte sofort den Vorteil gegenüber den teilweise ermüdenden und uneffektiven Beratungen der Koordinierungsgruppe, welche die Bildung des Regionalverbandes vorbereitete: hier saßen gewählte Vertreter am Tisch, die souverän Entscheidungen treffen können, ohne bei jedem Problem irgendwo nachfragen zu müssen.

Auf der Tagesordnung standen all jene Fragen, die nun einmal auf einer ersten Beratung entschieden werden müssen. Zunächst gab sich der Regionalvorstand eine Geschäftsordnung, besser gesagt, er verwies sie „in die Ausschüsse“, um Vorschläge und Hinweise einzuarbeiten. Danach ging es um den Arbeitsplan bis Anfang Juni, dem wahrscheinlichen Termin der Wahl eines neuen Kreistages, des Landrates und der überwiegenden Mehrzahl der Bürgermeister. Logisch, dass genau dieser Termin die gesamte Arbeitsplanung prägen wird. Im Dezember werden die Finanzplanung für 2008 und die Organisation der Arbeit in den neuen Strukturen im Mittelpunkt stehen. Fakt ist, dass es zwar noch die Geschäftsstellen in den drei bisherigen Kreisstädten geben wird, diese aber ihren Status als Kreisgeschäftsstellen verlieren. Eine wichtige Frage ist deshalb, wie Beschlüsse des Regionalvorstandes oder Informationen von Beratungen in Landesvorstand

und Landesrat bis an die Ortsverbände und Basisgruppen kommen, denn ein Zwischenglied gibt es nicht mehr.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit den „Kommunalpolitischen Leitlinien“, deren Entwurf wir in der Oktoberausgabe der LinksWorte veröffentlicht haben. Die kritischen Hinweise, ausgesprochen auf dem Regionalparteitag, wurden allgemein akzeptiert. Auf Vorschlag des Kreisvorsitzenden wurde der Beschluss zur Bildung einer Programm-Kommission gefasst, welche alle Vorschläge und Hinweise aus den Orts- und Basisgruppen bündeln und in ein griffiges Dokument einordnen soll, mit welchem der Kreisverband in den Wahlkampf ziehen kann. Ausführliche Hinweise zur weiteren Diskussion der Leitlinien und zum Weg der Übermittlung von Vorschlägen an die Programm-Kommission werden wir in der Dezemberausgabe veröffentlichen.

Der Regionalvorstand verständigte sich weiterhin zur Vorbereitung eines gemeinsamen Internet-Auftritts. Dazu wird die Diskussion im Dezember weiter geführt. Ein aus der Sicht der Finanzen sehr aktuelles Problem wurde als letzter Tagesordnungspunkt noch auf den Tisch gebracht: Wie gehen wir mit den unweigerlich notwendigen Personal- und Geschäftsstellenkosten um, vor allem in der Übergangszeit mit drei gleichberechtigten Geschäftsstellen. Auch dazu wird im Zusammenhang mit der Beratung des Finanzkonzepts im Dezember entschieden. (hw)



Der mit Mehrheit gewählte Vorsitzende des neuen Regionalverbandes, Achim Grunke, bisher Vorsitzender des Kreisverbandes Freiberg

Die parlamentarische Vertretung der LINKEN im Bereich des zukünftigen Regionalverbandes Heute: Kommunale Stippvisite der „LinksWorte“ im Landkreis Mittweida

In den September- und Oktober-Ausgaben der „LinksWorte“ führten uns Stippvisiten in die Kommunalpolitik nach Döbeln und Freiberg.

Heute begeben wir uns in den Landkreis Mittweida und stellen die Kommunalpolitik in Geringswalde vor. Vor Ort war unser Redaktionsmitglied **Lothar Pötzsch**.

Zuvor allerdings stellen wir den Landkreis Mittweida traditionsgemäß kurz vor, wie wir das auch bei den beiden anderen mittelsächsischen Landkreisen getan haben.

Der Landkreis Mittweida

Der Landkreis Mittweida ist im Zuge der Kreisgebietsreform am 01. August 1994 aus den Altkreisen Hainichen, Rochlitz und Teilen des Landkreises Chemnitz entstanden.

Im Kreis leben rund 130.000 Einwohner in insgesamt 8 Städten und 16 Gemeinden. Kreisstadt ist Mittweida mit reichlich 16.000 Einwohnern. Weitere Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern sind Burgstädt, Frankenberg (die größte Stadt im Landkreis) und Penig. Die Fläche beträgt 773 km². Die 58 Sitze im Kreistag verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien: CDU 29 Sitze, DIE LINKE 12 Sitze, SPD 9 Sitze, Übrige 8 Sitze.

Kommunales aus Geringswalde

Die Bundestagsfraktion hatte am 2. November alle Amtsträger der LINKEN. eingeladen.

Es gab Gespräche, Foren, Arbeitsgruppen und heraus kam: Die Basis ist der Schlüssel zum Erfolg.

Es gab auch Wertungen: Wo steht Geringswalde? Was setzen wir um?

Als wir unseren Bürgermeister zum Wahlsieg nach einem recht hartem Wahlkampf geholfen hatten, haben wir immer danach gehandelt, dass man als Abgeordneter „Kümmerer“ sein muss. Sich also um die Belange der Bürger kümmern. Sind davon ausgegangen, nicht nur zu verwalten, sondern zu gestalten. Das die Fraktion sich nicht nur an das fiskalische zu halten hat, sondern auch an das Gemeinwohl der Bürger. Wie überall wird das zunehmend schwieriger. Besonders bei der Erhaltung von Freiwilligkeitsaufgaben.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass unser Freibad erhalten bleibt. Wir möchten auch auf unsere Bücherei nicht verzichten und unsere Vereine sollten auch ihre Unterstützung erfahren dürfen.

Irgendwie steht man da immer zwischen Baum und Borke. Auf der einen Seite ist der Wunsch etwas umzusetzen und zu bewegen, Auf der anderen Seite knallharte gesetzliche Bestimmungen und natürlich knappe finanzielle Mittel der Kommune. Natürlich ist es nicht verboten zu träumen. Jedoch ist es auch nicht verboten nach Lösungen zu suchen für seine Vorschläge und vielleicht sogar Gesetzeslücken zu erkennen. Immerhin waren wir in der Vergangenheit die einzige Fraktion, die Vorschläge für den Haushaltsplan gemacht hat. Wir halten nichts davon, bei der Beschlussfassung über Vorlagen nur dazusitzen und entweder mit dem Kopf zu schütteln oder zu nicken, die Nähe zum Bürger ist uns wichtig. Wir haben auch gesagt, unseren Bürgermeister zu unterstützen, wo hingegen manche Stadträte nur darauf aus sind, ihn und uns zu demontieren. Das ging schon mal soweit, dass von den anderen Fraktionen der Beschluss über den Haushalt der Stadt für das nächste Jahr einfach boykottiert wurde, indem einfach an der Sitzung nicht teilnahm und es damit keine Beschlussfähigkeit gab. Deshalb und nicht nur deshalb, sind auch alle unserer Stadträte integriert in den verschiedensten Vereinen, arbeiten aktiv mit und können somit unsere politischen, gemeinschaftlichen und sozialen Vorstellungen „an den Mann bringen“, wie so schön gesagt wird.

In unserem Stadtrat sitzen 16 Stadträte. Davon waren drei nach den ersten freien Wahlen von der Linkspartei.PDS. heute

jedoch auch darauf, dass es sachkundige Menschen sind, die für uns kandidieren und das auch junge Leute dabei sind, die sich in unserem Sinne entwickeln können.

Die Scherpunkte unseres Strebens liegen zur Zeit bei:

- ÖPNVverkehr
- Wohnen zu guten Bedingungen
- Beteiligung der Kommune für Lösungen für Probleme der ansässigen Betrieb
- Bildung und Betreuung der Kinder. Zur Zeit wird die Grundschule erneuert und mit der Kindertagesstätte geschieht das Gleiche
- Medizinischer Versorgung der Bevölkerung
- Betreuung der Senioren

Wichtig ist für uns auch der Einsatz für Dienstleistungen im Nahbereich. Und dabei wurde schon einiges erreicht.

Mit Hilfe unserer Fraktion im Stadtrat wurde zum Beispiel durchgesetzt, dass die drei wichtigsten Straßen in Geringswalde gebaut wurden. Das auch die Nebenanlagen erneuert wurden, einschlich der Beleuchtung und das alles barrierefrei, für jeden zu nutzen, egal ob Gehbehindert oder Rollstuhlfahrer.

Entlang der B 175 wurden über 70 Parkbuchten eingerichtet, gebührenfrei aber im Zentrum zeitlich begrenzt. Dies alles ohne die Straßenausbaubeitragssatzung anzuwenden oder die Bürger auf irgendwelche andere Art abzukassieren.

Acht Brücken und Durchlässe wurde neu gebaut.



Das idyllisch gelegene Freibad von Geringswalde

sind es fünf. Ein tolles Ergebnis, welches wir bei den nächsten Kommunalwahlen noch ausbauen möchten und müssen, denn bislang haben wir noch keinen Nachfolgekandidaten für das Amt des Bürgermeisters. Leider. Also brauchen wir eine stärkere Fraktion im Stadtrat. Wir achten

Wir legen auch Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit den zehn bei uns ansässigen Industriebetrieben, denn sie förderlich für die Entwicklung unserer Stadt. Selbstverständlich machen wir unsere Initiativen und unsere Ideen auch öffentlich. Neben drei Schaukästen, die den po-

Die parlamentarische Vertretung der LINKEN im Bereich des zukünftigen Regionalverbandes Heute: Kommunale Stippvisite der „LinksWorte“ im Landkreis Mittweida

litischen Inhalten vorbehalten sind, haben wir noch zwei Schaufenster eines leerstehenden Ladengeschäftes nahe dem Zentrum angemietet, welches der Arbeit der Fraktion im Stadtrat und deren Ergebnissen zur Verfügung steht. Hier wird alles gezeigt, was wir als Fraktion tun. Unsere Vorschläge, was davon umgesetzt wurde und wo wir weiter dranbleiben werden.

Wie geht das alles?

Wie geht das alles? Nun, es gibt im Stadtrat auch rein sachlich arbeitende Mitglieder anderer Parteien. Mit denen versuchen wir zu bestimmten Themen ins Gespräch zu kommen um eine Mehrheit bei der Beschlussfassung zu erreichen, denn wir sind ja nur 5 von 16. Wie das so ist, manchmal klappt es, manchmal auch nicht. Damit müssen auch wir leben wie so viele andere unserer Kommunalpolitiker in den Städten und Gemeinden.

Natürlich gibt es auch Schattenseiten bei der Realisierung unserer Vorstellungen. Es gibt Industriebrachen, die in privater Hand sind und an die die Kommune per Gesetz nicht herankommt.

Und auch Geringswalde hat monatelang unter Rechtsextremismus gelitten. Das reichte von Pöbeleien über Überfälle auf Andersdenkende bis hin zu versuchter Brandstiftung an einem Gebäude, in der Jugendgruppe SOLID ihr Domizil hat.

Wer aber von den Bürgern weiß schon, an wen er sich wenden kann, wenn so etwas geschieht? Deshalb haben wir eine Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Sachsen e.V. gesucht und der Bürgermeister hat zu einem Forum eingeladen.

Es referierten der Präsident des Landesgerichtes Dresden, Manfred Lindemann – Dozent für Polizeirecht, und ein Vertreter aus dem Referat Rechtsextremismus des Landesamtes für Verfassungsschutz.

45 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt., Neben Mandatsträgern, also Stadträten und Ortschaftsräten, auch Geschäftsführer der ansässigen Firmen und Vereinsvorsitzende.

Zivilcourage vor Ort ist wichtig. Deshalb hat sich bei uns eine Bürgerinitiative gegründet, die als erstes Verhaltensregeln im Falle rechtsextremer Gewalt erarbeitet hat und an die Haushalte verteilt.

Es fällt oftmals schwer, den Widerspruch zwischen Pflicht- und Freiwilligkeitsaufgaben zu überwinden und dabei die politischen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Aber so ist es nun mal, das Leben in der Kommunalpolitik und wir sollten stets daran arbeiten, das Beste draus zu machen. Uns einzusetzen für das Gemeinwohl, denn deshalb tun wir das ja eigentlich.

Die vorzubereitende 775-Jahr-Feier unserer Stadt im nächsten Jahr, in die viele Bürgerinnen und Bürger einbezogen sind, ist ein weiterer Anlass, unsere Ziele in die

Breite zu bringen.

Engagement wird belohnt

Mittweidaer Bündnis erhält Sächsischen Förderpreis für Demokratie

Am 09. November wurde den drei sachsenweit besten von insgesamt 15 in der Dresdener Frauenkirche präsentierten Projekten der Sächsische Förderpreis für Demokratie verliehen - darunter dem „Bündnis für Menschenwürde - gegen Rechtsextremismus“ aus Mittweida.

Die „LinksWorte“ waren dazu im Gespräch mit der stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalverbandes, Petra Steidten.

Das Bündnis wurde nach den wiederholten brutalen Übergriffen der rechtsextremen Szene auf Ausländer am 06. März

entmutigen und bringen ihre Gewichte im Kampf gegen den Rechtsextremismus ein. Was Petra Steidten besonders bedauert, ist ein stark schwindendes Interesse an der Arbeit des Bündnisses in den letzten Wochen. So waren zur sechsten Vollversammlung am 06. November gerade einmal 14 Personen anwesend. Diese diskutierten dann aber um so intensiver über die nächsten Schritte. So fanden in den zurückliegenden Tagen ein Vernetzungstreffen mit Initiativen aus den Landkreisen Döbeln und Freiberg und das Landestreffen des Netzwerkes „Tolerantes Sachsen“ statt.

Die Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie erfolgte u.a. wegen der breiten Einbeziehung verschiedenster politischer Kräfte in den Kampf gegen das brutale Gesicht der rechtsextremen Szene. DIE LINKE gehört dazu! (hw)

Ehrung von KZ-Häftlingen in



Ehrung der in Hainichen verstorbenen jüdischen KZ-Häftlinge

gebildet und sollte nach dem Willen der Stadtverwaltung Mittweida ein Bündnis gegen Extremismus im allgemeinen werden. Als die Ausrichtung auf den rechten Extremismus immer offensichtlicher wurde, begann sich die Stadtverwaltung, so Petra Steidten, quer zu stellen. Das zeigte sich besonders in der Haltung zur Demonstration am 12. Mai. So sei Torsten Bachmann, Stadtrat in Mittweida und Ortsvorsitzender der LINKEN, für sein Engagement in Vorbereitung dieser Demo unverholener Kritik ausgesetzt gewesen.

Der sechsköpfige Sprecherrat des Bündnisses wolle sich parteipolitisch nicht vereinnahmen lassen. Dabei sei man, so Petra Steidten, schon zufrieden, dass DIE LINKE überhaupt als zuverlässiger Bündnispartner anerkannt werde. Noch nicht vergessen sei bei vielen im Bündnis gegen Rechts die Rolle der PDS als „Nachfolgepartei der SED“. Aber die Linken lassen sich dadurch nicht

Hainichen

Am 09. November, dem Jahrestag der Reichsprogromnacht, wurde im alten Friedhof von Hainichen ein Gedenkstein enthüllt, der den sechs im Außenlager Framo-Werk Hainichen des KZ Flossenbürg verstorbenen jüdischen Frauen aus Polen und Ungarn gewidmet ist.

Immerhin würdigte Bürgermeister Dieter Greysinger die aktive Rolle des Ortsverbandes der LINKEN bei der Schaffung dieses Ortes des Gedenkens. Völlig verschwiegen wurde leider die aktive Rolle des Zschopauers Hans Brenner, welcher in jahrzehntelanger akribischer Arbeit die Geschichte des KZ Flossenbürg erforschte und auch den entscheidenden Anstoß zur Gestaltung des Gedenksteins gab. (hw)

OWUS - ein linker Wirtschaftsverband stellt sich vor

Auf keinem Politikfeld wird der LINKEN von den bürgerlichen Parteien ihre inhaltliche Kompetenz so energisch abgesprochen, wie auf dem Feld der Wirtschaft. Dabei ist es zweifellos so, dass erfolgreiche Unternehmer mit dem Parteibuch der LINKEN eine Seltenheit darstellen.

Die „LinksWorte“ stellen deshalb in dieser Ausgabe mit OWUS den offenen Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbständigen vor. Mit Genossen **Werner Busch** aus Döbeln, geschäftsführenden Gesellschafter der „monsator“ Hausgeräte Dresden GmbH haben wir einen aktiven Mitstreiter dieses linken Wirtschaftsverbandes gefunden, welcher erfolgreich demonstriert, dass „politisch links stehen“ und „erfolgreiches Unternehmertum“ durchaus keinen Widerspruch darstellen müssen. Wir werden in unserer Dezember-Ausgabe mit einem Porträt auf Werner Busch und seinen „Spagat“ als linker Unternehmer zurückkommen.

Der OWUS Sachsen wurde im Januar 1995 gegründet. Er schreibt sich auf seine Fahnen, durch gezielte Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Selbständigen und Freiberuflern einen aktiven Beitrag zur Gestaltung des Wirtschaftslebens im Freistaat zu leisten. Linkes Unternehmertum will Wirtschaft auf fairer Basis und sozialer Gerechtigkeit. Charakteristisch für die kleinen Unternehmen, die Selbständigen und Freiberuflern ist dabei, dass der Ertrag ihrer Tätigkeit weit weniger aus dem eingesetzten Kapital herrührt, sondern aus in der Regel äußerst intensiver Arbeit mit einem sehr hohen Grad von „Selbstaubeutung“. Der OWUS Sachsen e.V. setzt sich nach Reinhard Heinrichs Worten dafür ein, dass ostdeutsche Biografien besser akzeptiert werden, wirtschaftliche Wissensdefizite abgebaut und den Mitgliedern spezifisches unternehmerisches Fachwissen vermittelt wird. Im Rahmen seiner Kräfte will der OWUS Sachsen e.V. mithelfen, die

straße auf mehr Resonanz zu stoßen, was aber bisher nur andeutungsweise gelang. Selbst die aktivsten Mitstreiter verlor so im Verlaufe der Zeit ihren Optimismus. Zum Schluss noch einige Worte zu Werner Busch. Er demonstriert eindrucksvoll, dass man als gelernter Ossi durchaus erfolgreich in der Marktwirtschaft ankommen kann, ohne das Parteibuch der PDS an der Garderobe abgeben zu müssen. Sein etwa 40 Mitarbeiter starkes Unternehmen - davon sieben Azubi - behauptet sich mit einer aus DDR-Zeiten gut bekannten Marke auf dem Markt und besticht durch die Qualität seiner Arbeit. Doch dazu - wie angekündigt - mehr in unserer Dezember-Ausgabe. (hw)

Zur Notwendigkeit eines Senioren-Mitwirkungs-gesetzes für das Land Sachsen

von unserem Redaktionsmitglied
Ruth Fritzsche



Genosse Werner Busch, geschäftsführender Gesellschafter, mit einem seiner sieben Auszubildenden - Adrian Mejias - in der Filiale Döbeln seiner „monsator“ Hausgeräte Dresden GmbH

Die „LinksWorte“ sprachen mit **Reinhard Heinrich**, den Vorsitzenden des „offenen Wirtschaftsverbandes von klein- und mittelständigen Unternehmern, Freiberuflern und Selbständigen im Freistaat Sachsen e.V.“, wie sich der OWUS höchst offiziell nennt. Genosse Heinrich ist im „zweiten Leben“ Agenturpartner einer großen Versicherung und wohnt und arbeitet in Coswig bei Dresden. Wer sich genauer über den sächsischen „Ableger“ des Bundesverbandes informieren möchte, kann das auf der sehr informativen Webseite www.owus-sachsen.de tun.

Aktive Mitstreiter hat der OWUS Sachsen vor allem in der Landeshauptstadt sowie in Leipzig und Chemnitz. Die Präsenz im mittelsächsischen Raum ist nach Heinrichs Worten eher bescheiden.

Rahmenbedingungen zum Knüpfen von Kontakten und zur Anbahnung von Geschäften zu verbessern.

Aus dem mittelsächsischen Raum bietet sich die Kontaktaufnahme in den Regionalverband Westsachsen an, welcher - wie bereits angedeutet - seinen Schwerpunkt in Chemnitz hat. Aktive Vereinsmitglieder und Ansprechpartner sind hier besonders Thomas Schuffenhauer, der Chef des Regionalverbandes, und Franziska Wendler, gleichzeitig Schatzmeisterin des Stadtverbandes Chemnitz.

In den Worten des Landeschefs war aber auch eine gewisse Skepsis nicht zu überhören. So versuche man über die Unternehmerstammtische in Dresden, Leipzig und Mittelsachsen (letztere in der Regel im „Rothaus e.V.“ in der Chemnitzer Loh-

Der Bundesvorstand der Volkssolidarität legte am 25.10.2001 einen Gesetzentwurf zur Förderung der Vertretung von Interessen der Seniorinnen und Senioren in der Bundesrepublik Deutschland (Bundes-seniorenvertretungsgesetz) vor, welches durch die damalige Bundesministerin für Familie, Senioren und Jugend, Frau Renate Schmidt (SPD), keinerlei Unterstützung fand und deshalb nie in den parlamentarischen Gang kam. Dieser Entwurf wurde z.B. von unserer damaligen Bundestagsfraktion unterstützt, leider ohne Erfolg.

Auf Grund dieser negativen Tatsache für die Bundesrepublik Deutschland sahen sich die Vertreter der PDS in den Parlamenten der Länder veranlasst, dies nicht auf sich beruhen zu lassen. Einen entscheidenden Schritt in diese Richtung unternahm das Abgeordnetenhaus Berlin, welches im Mai 2006 unter rot - rot ein solches Gesetz für das Land Berlin verabschiedete. Maßgebend daran beteiligt, war die Fraktion der PDS bzw. Linkspartei. PDS.

Angeregt durch die Ergebnisse in Berlin befasste sich die Landtagsfraktion der Linkspartei im Sächsischen Landtag im Sommer 2006 damit, ein solches Gesetz in den parlamentarischen Gang zu bringen. Dazu wurden aus den verschiedensten Seniorenvertretungen Sachsens die Meinungen dazu eingeholt. Die Aussprache hierzu ergab grünes Licht hierfür.

Nun liegt seit dem 27. Juni 2007 der Entwurf eines Sächsischen Seniorenmitwirkungs-gesetzes der Fraktion DIE LINKE unter Berücksichtigung vieler Vorschläge von Betroffenen und ihren Interessenver-

Fortsetzung Seite -11 -

Abschluss der Kampagne „NO-NPD“ in Berlin

von der Jugendgruppe Freiberg der VVN-BdA Freiberg

Am Samstag, dem 10.11.07 trafen sich etwa 100 Mitglieder und Sympathisanten des VVN-BdA im Palais der Kulturbrauerei Berlin, um den Abschluss der Kampagne NO-NPD zu feiern. 172.016 Unterschriften sind bis zum Samstag ausgezählt wurden. Das verkündete Jürgen Gechter bei seinem



Grußwort. Er erzählte von der Entstehung, den Geburtswehen und den überraschenden Verlauf der Kampagne. Andere Beiträge unter anderem von (.beat them back) beachclub und die Texte aus der Aktion, die Vera Kreyer und Armin Beutel vorlasen, machten uns klar warum und weshalb die Kampagne so erfolgreich war. Ein kleiner Wehrmutstropfen überkam uns. Hätte man vor einigen Monaten mal ein Seminar oder Workshop zum Erfahrungsaustausch durchgeführt, hätte man sicher noch mehr Menschen für die Kampagne erreichen können.

Andre Scheer regte an einen Leitfaden zu erstellen um für spätere Aktionen eine Richtlinie zu haben. Waren doch die unterschiedlichsten Formen und Aktionen zur Unterschriftensammlung eingesetzt wurden. Der Beachclub zum Beispiel zog mit einer Strandbar und einem LKW voll Sand durch die kleinen Städte an der Nordseeküste, er bekam dadurch sehr gute Kontakte zur Jugend und sammelte über 1000 Unterschriften. Anderswo konnten Schüler ihre Lehrer und Direktoren überzeugen, andere zogen in ihrem Ort von Haus zu Haus, durch Jugendclubs und Discos. Auch in unserem Kreis Freiberg wurden über 1500 Unterschriften gesamt.

melt. Den größten Anteil daran hat unser Kreisvorsitzender Heinz Beez des VVN-BdA. Jeden Donnerstag stand er auf der Peterstraße und er sammelte über 1200 Unterschriften.

Aber es gab natürlich auch Gegenwind. Wir selbst haben das in Mittweida erlebt. Mitglieder oder Sympathisanten des „Sturms 34“ bewegten sich ungeniert und geduldet in mitten eines multikulturellen Festtages gegen Rechts. Der Höhepunkt ihres Benehmens war eine Unterschrift in die Liste der Aktion NO-NPD: „Nationalstraße 88, Adolf Hitler, Tätigkeit: Ausländer jagen.“ Ein dummer Jungenstreich?!, für Veranstalter und Polizei, ja! So wird man mit „Sturm 34“ nicht fertig werden.

haben wir mit Lehrern aus verschiedenen Schulen des Kreises Mittweida geredet. Alle Angesprochenen haben großes Interesse gezeigt. Danach haben wir ein schriftliches Angebot an alle Schulen des Kreises Mittweida geschickt. Ein Direktor eines Gymnasiums hat geantwortet: „Wir sind mit Angeboten überschüttet“, sonst Schweigen im Walde. Der Kreis Mittweida wird nach der sächsischen Kreisreform mit Freiberg zusammengelegt. Herr Dekkert, ehemaliger NPD Chef, hat im Kreis Freiberg einen Gasthof. Wir haben also noch viel zu tun.

Doch zurück zum Samstag, zu unserer Party. Hier haben wir wieder richtige Kraft geschöpft und vor allem viele Freunde getroffen, sowie Neue kennen gelernt. Auch das Musikprogramm mit unseren Freunden von Rotdorn und den Bösen Mädchen, ergänzt durch Mellow Mark und dem Beachclub, brachte eine tolle Stimmung an diesem Abend. Müde und erschöpft traten wir unsere Heimfahrt an, aber entschlossen, unsere Arbeit fortzusetzen.

Noch eine kleine Episode am Rande: Heiner Fink und andere versuchten in den letzten Tagen die Unterschriftenlisten an den Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert zu übergeben, dieser erklärte sich für nicht zuständig. Er verwies unsere Kameraden an den Petitionsausschuss und die bekamen Angst. Hatten sie doch gerade Unterschriftenlisten gegen den Afghanistankrieg entgegen genommen. Das Problem ist, wenn der Petitionsausschuss etwas annimmt muss er es auch bearbeiten und dem Bundestag etwas vorlegen. Nach der ersten Panne gleich eine zweite. Heiner Fink hat versprochen, wir bleiben dran. Schauen wir mal!

Im Rahmen eines Förderprogrammes bekam unsere Jugendgruppe vom Jugendamt des Kreises Mittweida 1500€ um

EIGENTLICH IST ES JA EIN SKANDAL!



mit Power-Point-Präsentationen und Zeitzeugengesprächen Aufklärungsarbeit zu leisten. An diesem Multikulturellen Tag

Bilder auf dieser Seite: Gabriele Senft

- Die „Freiberger“ in Berlin (oben)
- Kampagne am Brandenburger Tor

Fortsetzung von Seite - 9 -

treten vor, welches am 05. Juli 2007 in 1. Lesung im Sächsischen Landtag behandelt wurde.

Der federführende Sozialausschuss hat nun dazu am 24.10.2007 eine öffentliche Anhörung durchgeführt, an der aus unserem Kreis der Genosse Lothar Wagler, Vorsitzende der Volkssolidarität im Kreis Freiberg und ich teilnahmen. Von den 10 von den Fraktionen benannten Sachverständigen waren **sechs Vertreter für ein solches Gesetz und 4 waren der Meinung, das, was bereits vorhanden ist, reiche vollkommen aus.**

Letzteres ist leider nicht der Fall.

Der Wesentliche Inhalt dieses Gesetzentwurfes ist, dass eine gesetzliche Regelung für die Bildung von Seniorenvertretungen auf kommunaler und Landesebene zu treffen ist. Nimmt man sich unseren Kreis Freiberg als Beispiel her, dann wäre es dringend erforderlich, eine gesetzliche Regelung für die Bildung eines Seniorenbeirates im Kreis Freiberg zu haben. Es kann doch nicht vom Gutdünken eines Landrates oder vom Mehrheitsverhältnis im Kreistag abhängen, ob fast 30 % der Bürger im Alter von 60 und darüber – und es werden jedes Jahr mehr – eine entsprechende Interessenvertretung im Kreis haben oder nicht. Für die Stadt Freiberg gibt es seit Jahren einen Seniorenbeirat. Das ist aber auch alles

Die Fürsprecher dieses Gesetzes haben bei der Anhörung gerade auf dieses Problem hingewiesen und zum Ausdruck gebracht: Solange die Bildung von Seniorenbeiräten oder Seniorenvertretungen z.B. in den Landkreisen, die ja nun im nächsten Jahr immer größer werden, eine Kannbestimmung für die kommunalen Vertretungen bleibt, fehlt einer solch großen Menschengruppe (fast 30 % der Bevölkerung), die über viel Lebenserfahrungen verfügt, das Recht, ein entsprechendes Gremium für ihre Interessenvertretung zu haben, welche sie selbst bestimmt.

Deshalb ist es notwendig, mit den erforderlichen Mehrheiten ein solches Gesetz im Landtag Sachsen zu beschließen. Die Seniorinnen und Senioren unserer drei Kreise sollten dafür den entsprechenden Druck organisieren.

Zum Schmunzeln

Auch wenn man nichts davon versteht, kann man gut darüber streiten.

Pierre Augustin Caron de Beaumarchais

Ohne Unterschied macht Gleichheit keinen Spaß.

Dieter Hildebrandt

Alles wird teurer, nur die Ausreden werden billiger

Rudolf Bernhardt

Unsere Jubilare

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!

In den nächsten Wochen wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



Harald Wiedemann	geb. am	20.11.1931	in	Augustusburg
Michael Matthes	geb. am	21.11.1942	in	Niederschöna
Hildegard Halfarth	geb. am	22.11.1908	in	Flöha
Gerhard Mattuschka	geb. am	23.11.1922	in	Leisnig
Monika Rennau	geb. am	24.11.1942	in	Frankenberg
Werner Teichmann	geb. am	25.11.1926	in	Burgstädt
Johannes Wangemann	geb. am	25.11.1928	in	Niederwiesa
Wolfgang Müller	geb. am	26.11.1922	in	Burgstädt
Anneliese Ludwig	geb. am	26.11.1925	in	Freiberg
Anny Liebscher	geb. am	27.11.1922	in	Penig
Ursula Vendt	geb. am	29.11.1927	in	Penig
Liesbeth Kunesch	geb. am	29.11.1919	in	Frankenberg
Ella Eulitz	geb. am	29.11.1913	in	Döbeln
Heinz Haucke	geb. am	29.11.1923	in	Großhartmannsdorf
Johannes Fankhänel	geb. am	30.11.1925	in	Limbach-Oberfroha
Ruth Fritzsche	geb. am	01.12.1926	in	Freiberg
Ruth Birndt	geb. am	02.12.1931	in	Freiberg
Gerhard Schlegel	geb. am	02.12.1922	in	Waldheim
Herbert Hänel	geb. am	03.12.1924	in	Freiberg
Horst Schneider	geb. am	04.12.1927	in	Döbeln
Gertrud Lorenz	geb. am	04.12.1912	in	Döbeln
Käthe Preusche	geb. am	07.12.1923	in	Waldheim
Ursula Rümmler	geb. am	08.12.1947	in	Augustusburg
Erwin Zimmermann	geb. am	08.12.1910	in	Mittweida
Kurt Marks	geb. am	10.12.1922	in	Mittweida
Brigitte Fischer	geb. am	10.12.1947	in	Rochlitz

Geschlechterdemokratie – Fluch oder Segen

von Richard Thum, Freiberg

Bevor besonders die Leserinnen dieses Artikels große Geschütze gegen mich auffahren, sei noch gesagt, dass ich kein prinzipieller Gegner von Vorstandsmitgliedern oder weiblichen Delegierten bin. Jedoch muss auch mal ein kritischer Beitrag zum Geschlechtergleichmachungswahn in der LINKEN zugelassen sein.

Als sich nun im Sommer der Gründungsakt der LINKEN durch ein hastig einberufenes Frauenplenum verzögerte wussten vielleicht nur wenige, wie schwierig das für die Arbeit vor Ort werden würde. Deutlich wurde dies dann endgültig am 27. Oktober auf dem Gründungsparteitag des neuen Regionalverbandes und der damit verbundenen Vorstandswahl. Neben den notwendigen Paritäten aller Regionen war auch noch die bundessatzungsgemäße und unabdingbare Geschlechterdemokratie, auch besser als „Quotierung“ bekannt,

zu wahren. Das verkomplizierte das ohnehin schon nicht einfache Wahlverfahren ungemein und brachte die Versammlung zum Ende hin in erhebliche Zeitnot. Es sei die Frage gestellt, was der nunmehr unabdingbare Paragraph 10 mit seinem Absatz 4 für Vorteile bringt. Meiner Meinung nach verkompliziert er nur die Arbeit hier vor Ort, lässt Vorstandsposten unbesetzt und sorgt somit für eine Verteilung der vielen Arbeit auf noch weniger Schultern. Sollte sich DIE LINKE nicht lieber für eine wirkliche Chancengleichheit stark machen und somit den Artikel 3 unseres Grundgesetzes erfüllen? Sollten unsere Mitglieder nicht lieber nach Kompetenz, als nach Geschlecht wählen dürfen und somit ihre Wahl wirklich frei und ohne Einschränkung treffen? – So geschehen beispielsweise bei der Wahl des neuen Ortsvorstandes Freiberg im Frühjahr diesen Jahres. Ganz ohne Quotierung und trotz einer höheren Anzahl männlicher Kandidaten sind mehr weibliche Vorstandsmitglieder gewählt wurden. Und das in einem Wahlgang!

termine

November 2007

- 18.11. 10:00 Uhr Volkstrauertag - Ehrung der umgebrachten Widerstandskämpfer und der Gefallenen der Roten Armee in den drei Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida
- 20.11. 15:00 Uhr Sprechstunde der Stadtfraktion Döbeln in der Geschäftsstelle Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 20.11. 15:00 Uhr Beratung der Senioren-AG Freiberg, Bebelplatz 3
- 20.11. 16:30 Uhr Beratung mit den Vorsitzenden der BO in Freiberg, Bebelplatz 3
- 22.11. 10:00 Uhr Seniorenpolitische Konferenz des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion der LINKEN in Berlin
- 22.10. 14:00 Uhr Öffentliche Redaktionsberatung der „LinksWorte“; Freiberg, Bebelplatz 3
- 27.11. 14:00 Uhr Sprechstunde der Kreistagsfraktion Döbeln; Geschäftsstelle Döbeln Bahnhofstraße 1a
- 28.11. 10:00 Uhr Rentenberatung mit Elisabeth Steinhoff; Geschäftsstelle Döbeln, Bahnhofstraße 1a

Dezember 2007

- 04.12. 15:00 Uhr Sprechstunde in der Geschäftsstelle Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 05.12. 10:00 Uhr Rentenberatung mit Elisabeth Steinhoff; Geschäftsstelle Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 10.12. 19:00 Uhr Zweite Regionalvorstandssitzung in Döbeln, Geschäftsstelle, Bahnhofstraße 1a**
- 11.12. 14:00 Uhr Sprechstunde MdL Heiko Hilker, Döbeln, Geschäftsstelle Bahnhofstraße 1a
- 11.12. 17:00 Uhr Beratung des Ortsvorstandes Freiberg, Freiberg, Bebelplatz 3
- 12.12. 10:00 Uhr Rentenberatung mit Elisabeth Steinhoff; Geschäftsstelle Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 12.12. 14:00 Uhr Jahresabschlussveranstaltung des Mittwochs-Cafe - Geschäftsstelle Freiberg, Bebelplatz 3



Den Blick nach vorn gerichtet - der neu gewählte Vorstand des „Brennpunkt e.V.“ aus Brand-Erbisdorf

Was sagen unsere Leser zu folgendem „historischen Dialog“

Zwei Zitate, ausgesprochen in weit auseinander liegenden Jahrhunderten, zwei Große ihrer Zeit, Wissenschaftler bzw. Künstler, mit einem prononcierten Standpunkt zur „Wahrheit“. Wer von beiden trifft genauer ins Ziel oder haben letztlich beide recht?

Im folgenden die beiden „Matadoren“ und ihr jeweiliger Standpunkt:

Zwei Wahrheiten können sich nie widersprechen.

Galileo Galilei

Wenn es nur eine Wahrheit gäbe, könnte man nicht hundert Bilder über dasselbe Thema malen.

Pablo Picasso

Wir erwarten die Meinung unserer Leser!

„Brennpunkt e.V.“ Brand - Erbdorf personell neu aufgestellt

In der letzten Ausgabe der LinksWorte war zu lesen, dass im Brand-Erbisdorfer Brennpunkt e.V. wichtige Entscheidungen anstehen. So wurde die Standortfrage in langer und hitziger Diskussion erörtert. Die zur Debatte stehenden Modelle Brand-Erbisdorf, Freiberg oder ein verschieden definierbares Konstrukt aus beidem wurden vorgestellt und abgewägt. Die Mitgliederversammlung jedoch konnte sich zu keiner Entscheidung durchringen und hat diese auf den 13. Dezember verschoben. Bis dahin wurde der neu gewählte Vorstand mit den nötigen Vorbereitungen zur Einberufung einer neuen Mitgliederversammlung beauftragt. Neben dem neuen Vorsitzenden Thomas Mittelstädt (35, Rechtsanwalt), seinen Stellvertretern Mathias Schreiter und Richard Thum wurden Marcus Starke zum Schriftführer und zwei weitere Beisitzer, Mathias Böttger und Jens Hamann, gewählt. Das Amt des Kassenwartes übt nun Bernd Spolwig aus. Neben einer deutlichen personellen Neubesetzung kann man auch von einem Generationswechsel sprechen. Das Durchschnittsalter hat sich von vormals 45, auf nun 31 Jahre gesenkt.

Wir trauern um unsere verstorbenen Genossinnen

- Flora Wach aus Obergruna
- Elisabeth Wiedemann aus Flöha

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!